

Jedermann, der diesen überragenden Wirtschaftsführer näher kennt, weiß, daß es kein schöneres Ziel gäbe, als zu erreichen, daß eine möglichst große Zahl von Volksgenossen ein menschenwürdiges Dasein führen kann. Dies ist jedoch nur erreichbar, wenn die deutsche Industrie nicht zum Erliegen kommt. Sie muß aber erliegen, und das hat Caro durch reiches Zahlenmaterial nachgewiesen, wenn seine Warnung nicht Beachtung findet. Man täusche sich nicht über den Ernst der Lage."

Daß die Rede in der Presse, die mehr oder weniger unter dem Einfluß der Industriellen steht, weiblich ausgeschlachtet werden wird, darf als sicher angenommen werden. Vielleicht lernt man dann auch noch das umfangreiche Zahlenmaterial näher kennen, auf das Geheimrat Caro seine „Rettungsaktion für die deutsche Industrie“ aufgebaut hat. Die Veröffentlichung dieses Zahlenmaterials muß geradezu als eine Anstandslosigkeit betrachtet werden, denn die vom Herrn Geheimrat entwickelten Theorien sind größtenteils ganz eindeutig gegen die Gewerkschaften gerichtet und stehen, wie nachzuweisen sein wird, mit der Wahrheit im Widerspruch.

Voraussetzung des Preisabbaues seien niedrige Löhne, sagt der Herr Geheimrat. Die Löhne seien zu hoch. Die Preise würden zum weitestgehenden Teil bestimmt durch die darin stehenden Löhne.

Diese drei Behauptungen widerlegen wir mit folgenden Zahlen: Laut amtlichen Ermittlungen („Wirtschaft und Statistik“, 2. Otoberheft) haben sich die tarifmäßigen Stundenlöhne für Gelehrte vom Januar bis September 1925 durchschnittlich um 15,9 v. H. und für Ungelernte um 15,4 v. H. erhöht. Der durchschnittliche Stundenlohn betrug im Januar für Gelehrte 75,3 Pfg., im September 81,8 Pfg.; für Ungelernte im Januar 53,5 Pfg., im September 64,3 Pfg. In der gleichen Zeit stieg der amtliche Reichsindex für die Lebenshaltungskosten von rund 133 (nach neuer Berechnungsart) auf 144,9 Punkte, das bedeutet eine Steigerung um 11,9 oder rund 12 Punkte. Die Steigerung des durchschnittlichen Reallohnes ist also eine geringe; sie beträgt etwa 3 bis 4 Prozent. Bergegenwärtigt man sich nun, daß die Löhne in Deutschland im Vergleich mit anderen Ländern sowieso sehr niedrig sind und das die deutschen Lohnempfänger von ihrem Prutto-Lohneinkommen sofort durchschnittlich 6 bis 8 Prozent Einkommensteuer und laufend sehr hohe Verbrauchssteuern zu zahlen haben, dann sieht man sofort, was es mit dem geheimrätlichen Vorwurf, die Löhne seien zu hoch, für eine Verwandnis hat. Die „Internationale Rundschau der Arbeit“, welche vom Internationalen Arbeitsamt in Bern herausgegeben wird, brachte im Ratheft 1925 Reichslisten über die verhältnismäßige Höhe der Reallohne in verschiedenen Großstädten. Dabei warisierte Deutschland mit den Zahlen von Fernin keineswegs, wie man nach den Ausführungen des Herrn Geheimrat Caro meinen konnte an der Spitze: es stand vielmehr an 10. Stelle unter insgesamt 19 zum Vergleich herangezogenen Staaten bzw. Ländern. Auf der Grundlage: London = 100 wurden folgende Vergleichszahlen ermittelt:

Philadelphia	216
Ottawa	160
Edneng	160
London	100
Kopenhagen	83
Amsterdam	81
Oslo	80
Stockholm	78
Paris	69
Berlin	62

Die durch vorstehend genannten Großstädte vertretenen Länder sind durchweg stark industriellisiert. Und unter diesen Industrielländern steht Deutschland mit seinem Lohnniveau an letzter Stelle. Daß es trotzdem in Deutschland geschehen kann, daß ununter-

einer ihr gefälligen „Wissenschaft“ gegen „die hohen Arbeiterlöhne“ gekämpft wird, das ist nachgerade ein Skandal.

Im besonderen muß noch die Behauptung zurückgewiesen werden, die Preise würden zum weitestgehenden Teil bestimmt durch die darin stehenden Löhne. Wenn das wahr wäre, dann müßten zurzeit die Vereinigten Staaten von Nordamerika am teuersten produzieren, denn dort werden die höchsten Löhne bezahlt. In Wirklichkeit wankelt aber die deutsche Industrie teilweise andauernd um Zollschutz gegenüber der Konkurrenz — von Nordamerika. Können die deutschen Industriellen nicht absegnen, daß anderwärts die Löhne höher sind, dann versichern sie, der Lohnanteil sei bei der Preisgestaltung nicht ausschlaggebend, sondern die Rohstoffversorgung und der technische Stand der Unternehmungen. Wird den gleichen deutschen Industriellen nachgewiesen, daß die Konkurrenz, auch in dieser Hinsicht nicht bevorzugt ist, nun, dann muß eben das Lohnkonto unter allen Umständen den Sündenbock abgeben. Aber auch mit diesem Versahren werden die Herren Industriellen kein Glück mehr haben. Die deutsche Arbeitnehmerschaft ist allmählich so weit, daß sie selbst nachprüfen kann, wie groß der Lohnanteil am Preise eines jeden Produktes ist. Der Herr Geheimrat Caro scheint den Lohnanteil nach den Sätzen zu bemessen, welche die Arbeitgeber für gewöhnlich zu verrechnen belieben. Bekanntlich sind diese Stundenlöhne durchweg um 100 Prozent höher als die Löhne, die den Arbeitern gezahlt werden.

Auf solcher Grundlage ist anscheinend auch die hübsche Rechnung zustande gekommen, wonach heute das Arbeitseinkommen (gemeint war doch das der Arbeitnehmer!) 75 v. H. des Gesamteinkommens der Gesamtwirtschaft betragen soll. Oder ist gar das Arbeitseinkommen des gesamten selbständigen Mittelstandes und der Landwirte dabei miteinbezogen? Und mit solchen Zahlen will man der deutschen Öffentlichkeit „nachweisen“, daß jetzt das Arbeitseinkommen „des Arbeiterlöhne und Gehälter“ zu hoch sei — und verhältnismäßig zu gering besteuert wird. Am Steuerzufbringen soll nämlich, so behauptet Geheimrat Caro, das Arbeitseinkommen mit rund 4 Milliarden Mark, das „andere Einkommen“ der Wirtschaft dagegen mit 6 Milliarden Mark beteiligt sein. Wenn eine gerechte Besteuerung im Sinne Caros bestände, dann müßten von den 10 Milliarden die Arbeitnehmer nicht 4, sondern 7, die „übrige Wirtschaft“ nicht 6, sondern 3 Milliarden treffen. Dann könnte man in Deutschland — nach Caro — von einer gerechten Steuerpolitik reden. —

Bleibe noch die zu große soziale Belastung des Wirtschaftseinkommens mit 2,7 Milliarden Mark. Die Zahl wird ebensowenig mit den Tatsachen übereinstimmen, wie andere Zahlen des Herrn Caro. Vor dem Kriege als die Wirtschaft, wie Caro sagte, nur 1 Milliarde Mark für soziale Lasten aufzubringen hatte, wurden diese Lasten von der Industrie auch dauernd als unrentabil bezeichnet. Rechnen wir aber an, „die Wirtschaft“ müßte wirklich von einem Gesamteinkommen in Höhe von 12 Milliarden Mark 2,7 Milliarden Mark für soziale Zwecke ausgeben und für Steuern 6, so daß für „Reaktionierung der Bevölkerung der Produktionsmittel für Konzentrierung und Intensivierung der Betriebe, für Neuinvestierung“ usw. nur 3,3 Milliarden Mark jährlich übrig blieben, dann wäre das angesichts der Tatsache, daß wir zurzeit einen zu großen Wirtschaftsapparat haben, der in den letzten Jahren zu einem erheblichen Teil mit Kriegs- und Inflationsgewinnen geschaffen wurde, immer noch kein Unglück.

Nach Caro muß die deutsche Industrie demnächst erliegen, wenn seine Warnungen nicht befolgt werden. Dieses Gerücht ist uns zu dumm, als daß wir es ernst nehmen könnten. Leider sind wir so weit in Deutschland, daß

man wahrheitsliebende Leute, die sich über den Stand der deutschen Wirtschaft informieren wollen, sagt nur noch auf das Urteil des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, oder hervorragender Gewerkschaftsführer, oder auf Urteile von Sachverständigen verweisen muß, die außerhalb Deutschlands wohnen. Zimmerlin: Auch die amtlichen Zahlen, die uns vorliegen, geben schon die Möglichkeit, so viel zu erkennen, daß unsere deutsche Wirtschaft im Ganzen durchaus gesund ist. Das gilt in erster Linie für die Industrie. Es ist ein blanker Schwindel, wenn uns wieder einmal vom bevorstehenden Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft erzählt wird. In den Schreibern, mittels welche sich einzelne Industrielle um langfristige Auslandscredite bemühen, steht genau das Gegenteil. Das Ausland schenkt diesen optimistischen Darstellungen Glauben. Und zwar mit Recht, denn das ist die Wahrheit! Es steht übrigens fest, daß bis jetzt nicht mehr als etwa 3 bis 3½ Milliarden Mark ausländische Credite in der deutschen Wirtschaft fließen. Das ist der Reichsbankpräsident Schacht, der es wissen muß. Mit der Kreditbedürftigkeit der deutschen Industrie ist es also nicht so weit her.

Eigentlich wollte Geheimrat Caro nur über die Ursachen und Auswirkungen des Kartellwesens reden. Von den Kartellen selbst sagte er, daß deren Zahl in Deutschland seit 1914 von 600 bis 700 auf etwa 2800 Anfang 1925 gestiegen war, und daß die Zahl jetzt wieder etwas zurückgeht. Dabei wandte er sich gegen die Kartellverordnung als „Ausnahmegesetz“ und beirrit, wie wir an anderer Stelle bereits erwähnt haben, jede preisstiftende Wirkung der verschärften Handhabung dieser Verordnung „für den allgemeinen Preisabbau“. Daneben sagte er aber: „Die Eingriffe des Reichswirtschaftsministers in die Konditionsverhandlungen vieler Kartelle sind gewiß berechtigt, erwünscht und in Einzelfällen außerordentlich wirksam.“

Na also! Daß die Gründe für die Preissteigerungen gegenüber 1914 größtenteils auf ganz anderem Gebiete liegen, das weiß schon bald jedes Kind und es bedarf nicht professioneller und geheimrätlicher Reden, um dies speziell den Arbeitnehmern und — der Reichsregierung klarzumachen.

Indes: Caro redete vom Kartellwesen hauptsächlich, um die Arbeiterorganisationen zu treffen. Diese seien auch Kartelle. Ganz abgesehen davon, daß der Zutritt zu den Gewerkschaften immer noch eine freiwillige Sache jedes einzelnen ist, und daß es bei diesen keine „Konventionalkartellen“ oder etwas dergleichen gibt, wenn z. B. ein Arbeiter unter Tariflohn arbeitet, ist eine Mitgliedschaft von Kartellen und Gewerkschaften schon deshalb nicht möglich, weil erstere rechtlich allgemein ganz andere Befugnisse haben, als letztere. Worauf es Herr Caro, der auch in diesem Falle der voranschobene Wortführer der Industrie ist, ankommt, ist klar: er will die Gewerkschaften so fesseln, daß Tarifverträge, Schlichtungsinstanzen und Verbindlichkeits-Erklärungen von Schiedsprüchen nicht mehr möglich sind. Dann, so hofft er, würde das Arbeitseinkommen in das richtige Verhältnis zum Wirtschaftseinkommen, deutlicher gesagt, der Lohn zum Unternehmerprofit, gebracht werden können.

Das sind die „Netter“ der Wirtschaft! Caro und ähnliche Wortführer der deutschen Industrie werden jedoch erfahren müssen, daß die deutsche Arbeiterschaft und mit ihnen die Knechtelken und Reamten auch etwas von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik verstehen und sich nicht durch jede im wissenschaftlichen Gewande auftretende Schamlehre verblüffen lassen. (Daß Herr Geheimrat Prof. Dr. Caro seinen Vortrag in München gerade einige Tage vor Verhandlungen über den großen Lohnstreit in der chemischen Industrie hielt, der zur Ausbreitung von mehreren Zehntausenden von Arbeitern führte, ist natürlich nur ein Zufall gewesen.)

Rosen Sedlmeyer.

Gewerkschaften und Wohnungsnot.

Die Gewerkschaften sind kein Universalmittel gegen die soziale Not. Ihre Hauptaufgabe ist, die Fragen des Dienst- und Arbeitsvertrages, Lohn, Arbeitszeit, Behandlung usw. in möglichst günstigem Sinne für die Arbeitnehmer zu lösen. Darüber hinaus muß sie auch versuchen, Einfluß auf die sozialpolitischen Fragen, die durch Reich, Staat und Gemeinde ihre Regelung finden; Arbeiterschutz- und Versicherungsgebung, Arbeitsrecht usw. zu gewinnen. Dieser gesamte Fragenkomplex hängt so eng zusammen, daß sich das eine vom andern gar nicht trennen läßt. Ueber diese Ziele ist aber die Gewerkschaftsbewegung als Volksbewegung in den letzten Jahren hinausgewachsen. In der Revolutionszeit mußten sie sich auch staatspolitischen Aufgaben unterziehen, wenn nicht unter dem Druck der Ereignisse, mit dem Staate auch die Wirtschaft, das Lebenselement der Arbeitnehmer vollständig zusammenbrechen sollte. Was hätten uns schließlich die besten Lohn- und Arbeitsbedingungen genützt, wenn unsere Arbeitsstätten zum Erliegen gekommen wären.

Nachdem nunmehr wieder die staatspolitischen Verhältnisse in etwa geordnet sind, dürfte die Frage aufzuwerfen sein, sollen sich die Gewerkschaften nicht wieder etwas mehr auf ihr eigentliches Arbeitsgebiet zurückziehen? Wir können auf die Dauer keine Bewegung sein, die auf allen Gebieten die Führung für sich beansprucht. Dazu fehlt es uns an Kräften und Mitteln.

Doch genau so verkehrt, wie eine zu große Plattform unserer Tätigkeit wäre, wenn wir uns in das Getto des Kurzarbeitsvertrages absondern wollten. Leider waren wir in der Zeit der Inflation dazu gewissermaßen gezwungen, wo die Gewerk-

schaften fast ihre gesamten Kräfte auf die eine Frage „Lohnerhöhungen“ konzentrieren mußten. Ebenso falsch wie eine Ueberspannung des Ausgabengebietes ist eine zu enge Beschränkung. Was nützt schließlich ein verhältnismäßig hoher Minimallohn, wenn zu gleicher Zeit der Reallohn von Tag zu Tag sinkt?

Mit Recht haben wir uns für die Preisentwertung der Waren eingesetzt. Wenn auch der Erfolg nicht den oft begehrten Erwartungen entspricht, dann ist diese Mühe doch nicht ganz umsonst gewesen. Wenigstens sind die geplanten Preiserhöhungen nicht in vollem Umfange Wirklichkeit geworden.

Doch eine neue Welle der Teuerung steht uns bevor, die, wenn auch im Augenblicke noch nicht allen, doch zur gegebenen Zeit sämtlichen Arbeitnehmern schmerzlich fühlbar werden wird: die Wohnungs- teuerung.

Heute leidet die Mehrzahl der Arbeitnehmer weniger unter einer Wohnungsteuerung, wie unter einem Wohnungsmangel. Solange die Zwanagswirtschaft im Wohnungswesen, die gesetzliche Beschränkung der Mieten, bleibt, wird auch dieses so bleiben. Doch auf wie lange noch? Wird nicht eines Tages diese gesetzliche Beschränkung fallen? Dann aber wird die gesamte Arbeitnehmerchaft einer fürchtbaren Wohnungsteuerung gegenüber stehen, wenn Angebot und Nachfrage den Preis der Wohnung, die Miete bestimmen. Allen sozialen, sittlichen, gesundheitlichen, kultur- und staatspolitischen Ansichten und Bestrebungen zum Hohne wird der Artikel 155 der Reichsverfassung außer Kraft gesetzt werden.

Nicht erst dann, wenn die Wohnungszwangswirtschaft aufhört, sondern für viele heute schon. Für den, der keine alte

Wohnung hat oder dem dieselbe infolge Familienzuwachs zu klein geworden, oder baufällig geworden ist, besteht eine doppelte Wohnungsnot, ein Wohnungsmangel und eine Wohnungsteuerung. Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaften mit der sich selbst gestellten Aufgabe, Minderbemittelten eine gesunde Wohnung zu verschaffen, sind trotz Verzichtes auf jeden Gewinn, trotz der ihnen gewährten Vergünstigungen, nicht mehr in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Praktische Beispiele zeigen oft besser wie lange Erörterungen, wie die Dinge liegen. In der Stadt Köln scheiden rund 80 Prozent der gesamten Bevölkerung nach dem jetzigen Preisstande als Bezahler der neu erbauten Wohnungen aus. Nach sehr gewissenhaften Kalkulationen ist keine Genossenschaft mehr in der Lage, einen mittelgroßen Wohnraum unter 13 bis 14 Mark Monatsmiete abzugeben. Für eine Zweizimmerwohnung mit Küche und Nebenraum müssen 46 Mark verlangt werden. Außerdem als Leihgabe zur Beschaffung des Baukapitals pro Raum mindestens einen einmaligen Betrag von 100 Mark.

Bei einer höchstzulässigen Belastung des Haushalts mit 20 Prozent des Einkommens für Wohnung scheiden daher von vornherein alle Bewerber aus, die pro Monat weniger wie 230 Mark regelmäßiges Einkommen besitzen. Selbst bei dieser Einkommensgrenze noch ist mit einem Mietausfall bis zu 10 Prozent zu rechnen. Gehen die Genossenschaften von dieser Grundsatz ab, ist ihre eigene Existenz gefährdet. Bei einer Belastung des Haushalts mit 20 Prozent des Einkommens für Miete dürfte das Höchstmaß unter den jetzigen Umständen erreicht sein. Mit der Zahl der einkommenlosen Familienangehörigen muß die Einkommensgrenze weiter steigen, um eine den Gesundheits-

Weg mit den Niesmachern.

Alle Aufwärtsentwicklung erstickt im Sumpfe pessimistischer Antrichbarkeit, während eine gesunde Zukunftshoffnung selbst in den schwersten Gegenwartsorgen die Wege zum Erlösge ebnet. Jammer ist kein Zeichen selbstwähliger Nollens, das gerade in den Zeiten der Not und Entbehrung kühlerne Entschlossenheit zeigt. Dem Niesmacher ist immer zu misstrauen. Denn er ist, von einigen wenigen bedauernswerten Melancholikern abgesehen, ein Egoist überlaster Sorte, der nur sich selber sucht, ohne die Absicht, wirkliche Not zu lindern. Entweder will er irgendeine vermeintliche Gefahr, die seinem Geldbeutel droht, abwehren, oder aber sein Ehrgefühl fühlt sich in der Pose eines „Netters“ der Mühseligen und Geben-n. Vielleicht auch ist er ein leichter Schwärmer, der sich gerne reden hört, aber nur in maßlos übertriebener Schwarzmalerei aufmerksame Zuhörer findet. Alle drei Typen, die in den letzten Jahren besonders geräuschvoll herumtrüben, sind Gemeinshädlinge, die wie ein Keil in der Frühlingsnacht jedes Vorwärtstreben abtöten und deren gefährliche Geschäftigkeit im Interesse arbeitssamer Stetigkeit lahmgelagt werden muß von allen, die ehrlich auf das Wohl des Volkes bedacht sind. Ihr Hauptstummelplatz ist die Wirtschaft, die für sie nur noch ein großes Trümmersfeld einstufiger Größe ist. Einzelne Krisenereignisse werden verallgemeinert. Und wenn alles nicht mehr hilft, müssen Löhne und soziale Verpflichtungen als Brandzeichen des nahen Zusammenbruchs herhalten. Wer die tagtäglich aufs neue vorgetragenen Klagen aus Arbeitserkreisen hört, der wundert sich darüber, daß die Wirtschaft trotz alledem noch lebt. Weil eben die Lebenskräfte des deutschen Volkes und der Wirtschaft härter sind, als ihre Trauerpropheten glauben machen wollen. Kein

Zweifel, daß der Krieg mit seinem gewaltigen Produktionsausfall und seinen Folgen nicht spurlos an uns vorübergegangen ist. Aber wir haben uns aus all dem Wirrwarr wieder zurechtgefunden, uns aufgerafft, und es wäre doch jammervoll, wollten wir uns von unseren Vorfahren an Tapferkeit und Zielenergie übertraffen lassen. Die Diagnose der Wirtschaft ist nicht gut, aber zufriedenstellend. Und wenn es in der Privatwirtschaft hier und da „kracht“, so ist das ein Zeichen der Gesundung für die Volkswirtschaft, die sich ihres unrentablen Ueberflusses an Produktions- und Verteilungsmitteln entledigt. Schmerzlich für den Einzelnen, den es trifft, aber doch alles andere denn ein Zeichen, daß es unserer Wirtschaft zum Sterben schlecht gehe. Kein ernstlicher Wirtschaftsjahrer denkt und sagt etwas dergleichen. Aber manche Arbeitgeberkreise gefallen sich trotz besserer Einsicht in pessimistischer Irreführung der Öffentlichkeit, weil die grau in grau gemalte Glendelage der deutschen Wirtschaft eine Waffe ist, mit der sich trefflich und hiebei die gerechten Forderungen der Arbeiter abwehren lassen. Man hat dabei noch den Ruhm, als „Verteidiger“ der deutschen Wirtschaft gegen „Unerntung, Verbrennung und Hehe“ sich preisen zu lassen. Schade nur, daß die gewerkschaftlich geschulte Arbeiterchaft nicht dumm genug ist, um dieses Manöver zu durchschauen.

Aber auch in der Arbeiterchaft geht der Jammerlappen um. Sicherlich ist die Lage zahlreicher Arbeiterfamilien, besonders da, wo viele Kinder sind, Kurzarbeit oder gar Arbeitslosigkeit herrscht, traurig und drückend. Aber zunächst einmal ist, rechtlich gesehen, die Stellung der Arbeitnehmer sowohl auf politischem als auch auf sozialem Gebiete weit besser als in der Vorkriegszeit. Was die Pöbne anbetrifft, so ist nicht zu leugnen, daß die Volk-

arbeiter in einer Reihe von handwerklichen Verufen ihr altes Realeinkommen erreicht haben. Und wenn auch einerseits, insbesondere in der Großindustrie und im Bergbau, unmögliche Löhne vorherrschen und andererseits die Bedürfnisverschönerung eine sichere Beurteilung des Reallohnes erschwert, so wäre nichts verderblicher als weinerliche Kriebhosstimmung, die Genüge findet an der Proklamierung ihres Glendes durch andere Stände. Weg mit solchem Pessimismus, der an dem Bestand der Gewerkschaften rüttelt und die Arbeiterchaft der starken Volkwerks beraubt, das sie gegen willkürliche Niedrighaltung schützt. Wo der Glaube an die Zukunft fehlt, ist alle Hoffnung vergebens. Und nichts würdiger der Stand, der sich selber verloren gibt, Erkennen was ist und dann mutig, wenn auch mühevoll, durch gewerkschaftliche Disziplin und Bescheidung auf das im Augenblicke Erreichbare den Weg zur Höhe erstreben, das allein verbürgt den Erfolg. Kühlerne Betrachtung der Dinge und Vermeidung aller Extreme unterbindet die mancherorts zu beobachtende Gewerkschaftsmüdigkeit. Die Resignation, es hilft doch alles nichts, ist feige Flucht, die den Elementen brutaler Ausnutzung den Steigbügel hält. Auch heute gilt immer das Wort: „Keiger Gedanken, bänaliches Schwanken, weibliches Jagen, ängstliches Klagen wendet kein Glend, macht dich nicht frei. Allen Gewalten zum Trost sich erhalten, nimmer sich beugen, kräftig sich zeigen, ruft die Arme der Götter herbei.“

Deutsches Volk bleibe Herr deines Geschides. Fort mit den Niesmachern. Und besonders du, Arbeitnehmer, beherrsche die Mahnung des Arbeiterdichters Kessing: „Kommt dir manches bitter an, ruht du nicht zu Müß und Laß gleich den Kindern stannen: Wer die Kesseln frisch erfährt, werden sie nicht brennen.“

ischen und städtischen Anforderungen entsprechende Wohnung beziehen zu können. Da aber diese Einkommensgrenze bei den Arbeitern fast restlos ganz allgemein nicht erreicht wird und auch große Teile der Beamtenschaft sie nicht erreicht, ist für diese und die Kinderreichen mit noch höherem Einkommen die jetzige Neubausättigkeit keine Lösung der Wohnungsfrage mehr. In der Praxis zeigt sich auch, daß durch die Neubauten keine alten Wohnungen frei werden, die für minderbemittelte und kinderreiche Familien in Frage kommen. Die Mehrzahl der Bezahler der neuen Genossenschaftswohnungen sind entweder junge Ehepaare, die bisher keine Wohnung hatten, oder aber Familien mit höheren Einkommen, die die neuen Mieten nicht Bauzuschuß aufbringen können. Mitglieder der Gewerkschaften kommen nur noch in Ausnahmefällen in Betracht.

Die Ursachen für diese Teuerung liegen in folgendem.

1. Die Bodenpreise sind um mehr als das Dreifache im bebauungsfähigen Gelände der Städte seit 1914 gestiegen.

2. Die Straßenbaukosten einschließlich der Kanalanlagen weisen eine Steigerung von mehr wie 400 Prozent auf.

3. Die eigentlichen Baukosten zeigen einen Teuerungsindez von 175 gegenüber 100 der Vorkriegszeit.

4. Erhöhung der Baupolizeigebühren, der Anschließgebühren für Wasser, Gas und Elektrizität, der Grundsteuern und Versicherungsgebühren.

5. Die Erhöhung der Zinsätze auf 10 und mehr Prozent für das Eigenkapital der Genossenschaften und der Vorranghypotheken wird durch die Ermäßigung derselben für die Hauszinssteuerhypotheken nicht aufgewogen.

Ein Beispiel. In einem neuen Siedlungsblock in einem Vororte von Köln stiegen die Grundstückspreise für Rohland von 3,50 auf 14,50 Mark. Straßenbau-

kostenfreies Gelände kostete 1914 im Durchschnitt 9,50 Mark pro Quadratmeter. Gegenwärtig aber erfordert die kostenlose Abtretung von Straßenland und die Straßenbaukosten allein auf das Baugelände berechnet eine höhere Bewertung des Hausgrundstückes um 9,60 Mark pro Quadratmeter. Der Gesamtpreis für den Boden einschließlich dieser Kosten ist daher von 9,50 Mark auf 14,50 Mark + 5,60 = 24,10 Mark gestiegen, gleich 15 % Steigerung. Die reinen Baukosten stiegen bei guter mittlerer Ausführung der Etagenhäuser von 13,50 für den Kubikmeter umbauten Raum auf 24 Mark, gleich 72 %, während die Löhne der Bauhandwerker sich durchweg unter diesem Prozentsatz bewegen. Den Löwenanteil an der Steigerung der reinen Baukosten nehmen die Baustoffindustriellen für sich in Anspruch. Insgesamt stellt sich die Teuerung auf über 200 gegenüber 100 der Vorkriegszeit.

Die Verzinsung des Kaufpreises für Baugrund und der Vorranghypotheken mit durchweg 10% und mehr wird nur zum geringen Teile aufgehoben durch die Ermäßigung der Hauszinssteuerhypotheken in einer Höhe bis zu 60 Prozent der Baukosten zu geringem Zinsfuße. Die Genossenschaften müssen daher, wenn keine Neubauarbeit eintritt, entweder auf jede Neubautätigkeit verzichten, oder aber Mietpreise verlangen, die für 80 Prozent der Arbeitnehmer unerschwinglich sind.

Damit wird die Wohnungsfrage mit jedem Tage mehr eine reine Lohnfrage. Die Gewerkschaften können daher gar nicht mehr an der Wohnungsfrage vorbeigehen und ihre Lösung den Wohnungsgenossenschaften überlassen. Diese Aufgabe übersteigt ihre Kräfte.

Eine Besserung läßt sich nur vornehmen, wenn:

1. Die Beleihungsgrenze aus der Hauszinssteuerhypothek von bisher 60 Prozent auf mindestens 80 Prozent der gesamten

Baukosten einschließlich des Grundstückes und der Nebenkosten heraufgesetzt wird. Ein wesentlicher höherer Anteil an dem Aufkommen der Hauszinssteuer muß für die Neubautätigkeit zurückgestellt werden.

2. Baugelände seitens der Gemeinden zum Selbstkostenpreise, ohne jeden Gewinn, den Baugenossenschaften zur Verfügung gestellt wird. Jeder unverdiente Wertzuwachs des Bodens ist durch die Wertzuwachssteuer restlos zu erfassen und der Verbilligung der Neubautätigkeit nutzbar zu machen.

3. Straßen- und Kanalbaukosten von den gemeinnützigen Baugenossenschaften höchstens in der wirklich entstandenen Höhe erhoben werden. Die Kosten für Anlage von Kanälen und sonstigen größeren Anlagen, die der Gesamtheit der Bürgerpflichten sind, auf dem Wege der allgemeinen Besteuerung aufzubringen und nicht den Baugeländekäufern für Neuwohnungen zuzuschlagen.

4. Die übrigen kommunalen Gebühren für Anschlüsse von Gas, Wasser usw., Baupolizeigebühren sind zumindest auf den Selbstkostenpreis herabzusetzen. Es ist nicht angängig, Baupolizeigebühren von den Neubauten in einer Höhe zu erheben, wodurch ein großer Teil der Unkosten für die allgemeinen Aufgaben der Baupolizei gedeckt werden. Gerade auf diesen Gebieten gehen sehr viele Kommunen recht verkehrsmäßige Wege.

6. Wenn der Preisstarren und Syndikaten der Baustoffindustrie erhöhte Aufmerksamkeit seitens der Aufsichtsbehörden geschenkt wird und der hier durchaus mögliche und wirtschaftlich notwendige Preisabbau einsetzt.

Mit Lohnerhöhungen allein, so notwendig sie auch allgemein sind, ist der Wohnungsteuerung nicht beizukommen. Dieser Weg ist auch gegenwärtig umso schwieriger, da die Mietteuerung vorerst nur einen Teil

Etwas von den Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft.

In den letzten Jahren ist sehr viel von der Wiederbelebung und Gesundung der deutschen Volkswirtschaft geredet und geschrieben worden. Die Arbeitgeber und alle diejenigen Kreise, die lehnlichst den sozialen Rückschritt herbeiführen, sehen bekanntlich die Ursache unserer Wirtschaftsnot in der sogenannten sozialen Belastung der Wirtschaft, in der zu kurzen Arbeitszeit und in den nach ihrer Meinung viel zu hohen Löhnen und Gehältern.

Wo die wirklichen Ursachen unserer wirtschaftlichen Not und der großen Teuerung liegen, ist in den letzten Monaten durch die Erörterungen der Preisentlastungsmaßnahmen zur Genüge bekannt geworden. Wir leiden in allererster Linie an der Ueberfüllung der leitenden Stellen in den Betrieben und Werken, an der erschwerenden hohen Bezahlung dieser leitenden Personen, an dem technischen Stillstand, der seit Jahren zu verzeichnen ist und nicht zuletzt eine Folge der Kartellpolitik ist und endlich an der Ueberfüllung und der unwirtschaftlichen Preisgestaltung des Zwischenhandels.

Daß es nicht leicht ist, gegen die Einwendungen der Kartellmacherei Kreise anzukämpfen, ist zur Genüge bekannt. Ein großer Teil der deutschen Presse und einflußreiche leitende Hilfsmittel stehen ihnen zur Verfügung, um fortgesetzt die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dazu kommt, daß die Unternehmer einschließlich der staatlichen Behörden und der Gemeindevorstellungen fast geschlossen organisiert sind und von ihrer Organisationsmacht einen weitgehenden Gebrauch

machen. Wenn demgegenüber die Arbeitnehmerschaft einen wirksamen Gegenruck ausüben will, ist einmal eine ebenso starke Geschlossenheit ihrerseits notwendig. Aber nicht nur genügt eine geschlossene Organisation sondern die Mitglieder müssen auch die notwendigen Kenntnisse über das wirtschaftliche Leben besitzen. Eine Vertiefung dieses Wissens, weitere Schulung ist daher unbedingt notwendig. Der Kampf gegen den sozialen Rückschritt kann mit Erfolg nur mit guten geistigen Waffen geführt werden, wenn die andere Seite sich bemüht, auf geistigem Wege die Deseffektivität zu beeinflussen.

In nachstehender Ausführung soll daher einiges über die Hilfsquellen der deutschen Wirtschaft und ihre Grundlage gesagt werden. Dieser Einblick ist für die Beurteilung der gesamten heutigen wirtschaftlichen Lage unbedingt erforderlich. Die Hilfsquellen der deutschen Volkswirtschaft werden geschieden in natürliche Hilfsquellen (Bodenschätze) in die Verkehrseinrichtungen und in das Geldkapital. Diese Hilfsquellen haben in den letzten Jahren durch die Nachwirkungen des Krieges und besonders durch den Friedensvertrag von Versailles bedeutsame Veränderungen erfahren, die selbstverständlich ohne Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft bleiben konnten. Was zunächst die Bodenschätze anbelangt, so hat sich der Bestand an Eisenerz durch die Abtretung verschiedener Gebiete von 409 901 Millionen Tonnen auf 268 440 Millionen Tonnen verringert. Ganz gewaltig sind die Verluste an Eisenerz. Im alten Reichsgebiet hatte Deutschland einen Bestand von 2556 Millionen Tonnen, im neuen Reichsgebiet nur noch 726 Millionen Tonnen. Auch im Bestand von Zinkerg eine bedeutende Verminderung eingetreten. Immerhin sieht Deutschland in Bezug auf die Kohenschätze gegenüber dem Gesamtvorkommen an Steinkohlen in Europa noch ziemlich gut. Das Gesamtvorkommen wird auf 740 Milliarden Tonnen geschätzt. Davon beträgt der Anteil Deutschlands heute noch 33,5 Prozent, während Großbritannien über 25,6 Prozent, Frankreich einschließlich Lothringen und Saargebiet über 4,4 Prozent verfügt. Hierin sind die Braunkohlenlager, die auch in Deutschland sehr ausgedehnt sind, nicht berücksichtigt.

Vielfach war die Meinung vorhanden, daß durch die Abtretung des Elsas der deutsche Kalibestand ganz bedeutend verringert worden sei. Das trifft allerdings nicht zu. Das elssächische Kalivorkommen machte nur 1,7 Prozent des deutschen Gesamtbestandes überhaupt aus. Der Bestand an Kalisolen wird heute noch auf 10 810 Millionen Tonnen geschätzt, gegenüber 11 000 Millionen Tonnen im alten Reichsgebiet.

Unter den weiteren Hilfsquellen der deutschen Wirtschaft wurden die Verkehrseinrichtungen genannt. Ihre Zahl und ihr Zustand beeinflussen das Wirtschaftsleben sehr weitgehend, weil sie dem Austausch und dem Verkehr der erzeugten Güter und der Güterverteilung dienen. Derselben Zwecke dienen auch die Wasserstraßen, die außerdem den Verkehr bekanntlich sehr bedeutend verbilligen.

Deutschland verfügt über ein Eisenbahnnetz von einer Gesamtlänge von 58 041 Kilometer. Auf 100 Quadratkilometer entspringen 12,2 Kilometer Eisenbahnen, während Frankreich nur eine Dichte von 3 Kilometer besitzt. Der Krieg hat das rollende Material in seiner Leistungsfähigkeit bekanntlich stark beeinträchtigt und

winnwährender privater Händler und Verteller sein.

Muß dieser Zustand denn für ewig so sein? Nein, dieser Zustand kann aufgehoben, kann geändert werden, wenn die breiten Schichten gewillt sind, ihre Kauf- und Kapitalkraft zur Verringerung dieses unhaltbaren Zustandes einzusetzen. Die Einordnung der Verbraucher und Arbeitnehmer-Schichten in die deutsche Wirtschaft ist der Weg, der eine Änderung erzwingen kann. Der Weg ist einfach. Organisierung der Kauf- und Sparkraft der breiten Schichten in den Konsumgenossenschaften ist das Mittel, welches zum Erfolge führen wird. Die Verbraucher müssen ihr eigener Kaufmann, ihr eigener Händler und ihre eigene Spartasse werden.

Die erste Stufe des Eindringens in die Wirtschaft ist der gemeinsame Einkauf für den gemeinsamen Bedarf. Ausschluß des überflüssigen Zwischenhandels und Gewinns ist die Folge. Diese erste Stufe stellen unsere deutschen Konsumvereine dar, nur müßten denselben anstatt 4 Millionen Familien 10 Millionen Familien angehören. Aber auch unsere deutschen Konsumvereine noch nicht soweit, um alle Bedarfsgüter zu vermitteln. Es fehlen dafür die unbedingt notwendigen finanziellen Mittel. Eine große Anzahl von Konsumgenossenschaften hat schon die zweite Stufe des Eintritts in die Wirtschaft erklommen. Sie haben Produktbetriebe, vor allem Brotbäckereien errichtet, um dieses wichtige Nahrungsmittel selbst herzustellen, und damit auch den Gewinn des privaten Händlers dem Verbraucher zuzuleiten. Eine ganze Anzahl von Produktbetrieben kann jedoch die einzelne Genossenschaft nicht errichten, weil der Bedarf der einzelnen Genossenschaft zu klein und die Kapitalkraft zu gering ist, um diese große Aufgabe zu erfüllen. Diese Aufgabe fällt der Warenzentrale der Konsumvereine zu.

Die Warenzentrale des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine ist die „Gepag“ Großverkaufsgesellschaft und Produktions-Altiengeellschaft deutscher Konsumvereine in Düsseldorf-Reisholz. Dieselbe betreibt heute schon eine Seifenfabrik, eine Fleischwarenfabrik, eine Zigarrenfabrik, eine Kaffeebäckerei und eine Buchdruckerei. Die „Gepag“-Betriebe beschäftigen heute schon eine große Anzahl von Arbeitern und Angestellten, die lohnende Arbeit in denselben gefunden haben und zwar im Dienste ihrer eigenen Landesgenossen. Diese Betriebe sind aber nur ein Anfang, denn das Ziel muß sein, alle Bedarfsgüter der breiten Schichten selbst herzustellen. Die Voraussetzung dieser eigenen Wirtschaft der Verbraucher aber ist Geld, Geld und wieder Geld. Die Genossenschaftsbewegung der breiten Verbraucherschichten kann nicht nur mit Idealen ihre neue Sozialwirtschaft aufbauen. Zu diesem Aufbau bedarf sie leider ebenso des schändlichen Mammons, als der private Fabrikant und Industrielle.

Woher soll dieses Genossenschaftskapital kommen? Der einzige Weg, dieses Kapital zu erhalten, ist die Spartkraft der Verbraucher. Man wird einwenden, daß das Einkommen der breiten Schichten so gering wäre, daß Erwerb eine Unmöglichkeit sei. Ich verkenne nicht die schwere Lage der Arbeitnehmer, aber trotzdem muß das Kapital für die Eigenwirtschaft der Verbraucher beschafft werden. Wo der Wille vorhanden ist, da wird er zur Tat werden. Es sind auch keine großen Summen, die von den einzelnen verlangt werden. Jeder Verbraucher, jeder Gewerkschafter und jedes Arbeitervereinsmitglied, jeder gebe ein paar Mark und ein guter Anfang ist gemacht. In dieser Kasse zur Schaffung der Eigenwirtschaft der Verbraucher muß Konsumgenossenschaft, Gewerkschaft und Arbeiterverein Hand in Hand gehen. Die Mittel dieser Organisationen sind in gleicher Weise an

diesem Ziel des Eindringens in die private Wirtschaft interessiert.

Der Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutschen Konsumvereine in Dresden hat beschlossen, einen Produktionschah von 1 Million Reichsmark zu schaffen. An der Schaffung dieses Schahes sollen alle Arbeiter, Angestellte und Beamte, sich beteiligen. Jeder soll einige Mark als Darlehen der „Gepag“, der Zentrale der neutralen Konsumgenossenschaftsbewegung, dargeben. Es wird kein Opfer verlangt, sondern dieser Betrag wird als Spargeld verzinst und nach Ablauf von 3 Jahren mit dem doppelten Betrage zurückvergütet. Diese Beträge werden verbond im Interesse der Verbraucher in den eigenen Produktbetrieben der „Gepag“ angelegt.

Die Verbraucherschaft hat doppelten Nutzen von dieser Dargabe des geringen Betrages zum Genossenschaftschah. Erstens erhält jeder einzelne eine gute Verzinsung und zweitens wird die Eigenwirtschaft die preisverbilligende Tätigkeit der Genossenschaftsbewegung gestärkt. Die Schahscheine sind ausgestellt auf eine Reichsmark und werden nach 10 Jahren mit 2 Reichsmark zurückgezahlt. Diese Schahscheine sind in allen Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaften des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine zu haben. Desgleichen sind dieselben bei Einlösung des Betrages zusätzlich einer 10 Pf.-Freimark von der „Gepag“ Düsseldorf-Reisholz zu erhalten. Diese kurze Adresse genügt.

Ebenso werden die Schahscheine durch die Organisationen der Gewerkschaften und der Arbeitervereine zu haben sein.

Es wird sich jetzt zeigen müssen, ob die Verbraucher sich mit Schimpfen auf die hohen Preise begnügen wollen, ohne Erfolg, oder ob sie bereit sind, praktisch selbst Hand anzulegen um Einfluss auf die Preisgestaltung zu gewinnen. Das Sprichwort, „Jeder ist seines Glückes eigener Schmied“, gilt auch hier. Alle Hoffnungen auf Staat und Gesellschaft und ihre Gesetze werden vergebens sein, wenn die breiten Schichten nicht als sozialer Wirtschaftsfaktor in die private Wirtschaft eintreten. Jeder, auch der ärmste, kann für dieses große Ziel einer starken Sozialwirtschaft ein paar Mark hergeben. Was nützt alles Schimpfen über den privaten Kapitalismus, wenn wir nicht bereit sind, unsere Kauf- und Sparkraft für die Eigenwirtschaft einzusetzen. Der Produktionschah der Konsumgenossenschaften ist der Prüfstein, ob die Verbraucher reif sind zur Selbsthilfe und läßt zur Gestaltung ihrer eigenen Wirtschaft. Dieser Beweis muß erbracht werden, das verlangt die Lage und das Ansehen der breiten Schichten, die sich emporringen müssen zu Luft und Licht im Interesse der Zukunft unseres Volkes.

Eine deutliche Antwort.

Wie der Preisabbau trotz aller gutgemeinten Absichten der Regierung von der Industrie „gefordert“ wird, zeigt wieder einmal unter hunderten von Beispielen folgender Vorgang. Ein Konsumverein mit 10 Warenabgabestellen in einem ländlichen Bezirk erhielt von einer bekannten Walmittelfabrik die Aufforderung, den von der Fabrik festgesetzten Kleinverkaufspreis einzuhalten, sonst . . . Die Verwaltung des Konsumvereins gab der Firma darauf folgende Antwort:

„Ueber Ihre Forderungen in Ihrem Schreiben vom 10. d. M. sind wir nicht wenig erstaunt. Haben Sie noch nichts von den Bemühungen um den Preisabbau gehört? Können Sie sich noch immer nicht entschließen, den Preis, wana auszugeben und den Grundlag der ehrlichen Kalkulation für den Verkaufspreis anzuerkennen?“

Wir lehnen es ab, uns Ihrem Diktat zu fügen und geben alle Waren an unsere Mitglieder zu einem Preise ab, den uns eine gewissenhafte Kalkulation gebietet. Ihren Vor-

schlag, die höheren Preise Ihrer Forderung durch eine Rückvergütung an die Mitglieder auszugleichen, beachten wir nicht. Es gehört nicht zu den Aufgaben der Konsumvereine, Ihre Konzernbestrebungen zu unterstützen.

Nur der Wirkung Ihrer Reklame auf eine Masse denkfauler Verbraucher verdanken wir es, daß auch ein Teil der Konsumvereine noch Ihr Fabrikat führt. Ihren Hinweis, daß es noch Konsumvereine gibt, die sich Ihrem Preisdiktat fügen, beantworten wir nur mit dem bekannten Satz: Nur die allerbärmsten Käiber wählen ihren Käufer selber. Die Qualität der Eigenprodukte unseres Reichsverbandes steht — wie sie ja selbst wissen — Ihrem Fabrikat absolut nichts nach. Wir werden nun den neuesten Remets Ihres Machtstrebens, auf Kosten der Verbraucher die Preise zu diktieren, zur weitestgehenden Aufklärung unserer Mitglieder benutzen. Wir lehnen also Ihre Forderung einer Preis-erhöhung ab und danken für die freundliche Unterstützung, die Sie uns für die Aufklärung unserer Mitglieder geboten haben.“

Diese Antwort läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die Firma wird sich aber auch über diese Belehrung hinweg setzen und vielleicht gegen solche „Rebellen“ im Lager der Abnehmer ihres Walmittels noch härter vorgehen durch — Verstärkung der Reklame. Bis die letzten Hebel und Stützpunkte in Deutschland mit einer Walmittelfirma bedeckt sind, gibt es noch genügend Hausfrauen, die wohl zu klagen, aber nicht zu rechnen und zu handeln verstehen — Was sagt die Regierung zu solchem Treiben der Lieferanten? Den kleinen Krämer packt man, aber an die Quellen der Teuerungsfaktoren wagt man sich scheinbar nicht heran. Auch in diesem Falle die doppelt bittere Erfahrung: . . . die Großen läßt man laufen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Steuerabzug vom Akkordlohn.

Wird der Arbeitslohn nicht für eine bestimmte Arbeitszeit, sondern nach dem Erfolge der Arbeit gezahlt, z. B. bei Akkordarbeitern, so sind von dem vollen Arbeitslohn, ohne Abzug von steuerfreien Lohnbeträgen und ohne Berücksichtigung von Familienermäßigungen, 2 v. H. als Steuer einzubehalten.

Beispiel: Ein Arbeitnehmer erhält für eine bestimmte Arbeitsleistung (ohne Rücksicht auf die Arbeitszeit) 200 RM Lohn. Von diesem Betrag sind 2 v. H. = 4 RM als Steuer einzubehalten ohne Rücksicht darauf, ob der Arbeitnehmer verheiratet ist oder nicht und wieviel minderjährige Kinder er hat.

Diese Pauschalberechnung findet jedoch nur ausnahmsweise, und zwar dann Anwendung, wenn ein Zeitraum, für den der Arbeitslohn gezahlt wird, nicht festgesetzt werden kann, weil die Zahlung des Arbeitslohns nicht für eine bestimmte Zeit erfolgt, sondern unabhän- glich von einem bestimmten Zeitraum lediglich nach der Leistung. Wird dagegen der Lohn des Akkordarbeiters nach der Leistung innerhalb eines bestimmten Zeitraumes bemessen und jeweils der Arbeitslohn für diesen Zeitraum neu abgerechnet, so besteht für diese Berechnungsart keine Voraussetzung. Der Steuerabzug ist in solchen Fällen vom Arbeitslohn nach Abzug der auf den Lohnzahlungszeitraum entfallenden steuerfreien Lohnbeträge und unter Berücksichtigung der Familienermäßigungen zu berechnen.

So die Bekanntmachung im amtlichen Werkblatt. Wie gesehen, ganz klar ist uns die Gesichtsseite nicht.

Weiterversicherung der Angestellten in der Invalidenversicherung.

Der Reichsarbeitsminister hat am 1. 11. 25 folgenden Erlaß an die Staatsregierungen herausgegeben:

„Es ist Peschwerde darüber geführt worden, daß die Kartenausgabestellen für die Invalidenversicherung vielfach Schwierigkeiten machen, wenn Personen, die der Angestellten-

Bezirks- und Ortsgruppenberichte.

Bezirkskonferenz des Verbandsbezirkles Südbayern.

Am Sonntag, den 29. November, fand unsere diesjährige Bezirkskonferenz in München statt. Außer den 18 Delegierten, die 18 Ortsgruppen vertraten, konnte Bezirksleiter Weizler bei der Eröffnung derselben als Vertreter des Hauptvorstandes, Hauptkassierer Rumbel-Köln, sowie den Landessekretär der Christl. Gewerkschaften Bayerns und Landtagsabg. Vinus Funke-München, begrüßen. Auf Vorschlag des Kollegen Weizler wurde Kollege Sauerermann-München als 1., Seil-Wehner als 2. Vorsitzender und Schmutz-München als Bismarckführer gewählt. Hierauf erstattete Bezirksleiter Weizler den Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht, aus dem in der Hauptsache folgendes zu entnehmen ist: Der Bericht über Mitgliederbewegung und Kassenergebnisse erfährt nur 3 Quartale des Jahres 1925, da erst seit Januar 1925 das diesbezügliche Material von der Zentrale an die Bezirksleiter hinausgegeben wird. Im übrigen des Berichtes ist auch das 4. Quartal 1924 mit erfasst. Am 1. Januar 1925 befanden sich im Bezirke 30 Ortsgruppen, die Zahl derselben erhöhte sich bis 1. Oktober auf 32. Die Mitgliederzahl betrug Anfangs dieses Jahres 1745 und erhöhte sich bis 1. Oktober auf 1978. Durch die Neugründung der Ortsgruppe Donaustadt und Mitgliederzunahme anderer Ortsgruppen ist die Zahl 2000 überschritten. Verkauft wurden in den 3 Quartalen der diesjährigen 64 263 Beitragsmarken. Hierfür betragen die Einnahmen für die Hauptkasse 31 783,95, die Ausgaben für Prozentanteile an die Ortsgruppen und Unterstützungen 9843,99 Mark. Durchschnittlich wurden im Quartal pro Mitglied 11,5 Wochenbeiträge geleistet. Die Durchschnittsziffer in der Höhe des Wochenbeitrages wurde ungünstig beeinflusst durch die Tatsache, daß über 500 Hausangestellte städt. und staatl. Anstalten bisher einen Wochenbeitrag von 30 Pfg. bezahlten, der ab 4. Quartal auf 35 und 40 Pfg. bei den weiblichen und 50 Pfg. bei den männlichen erhöht wurde. Aus der weiteren Tätigkeit des Bezirksleiters geben folgende Zahlen Aufschluß. Derselbe hielt vom 1. 10. 24 bis 31. 9. 25 Versammlungen 59, Konferenzen 23 und Sitzungen 88. An Postsendungen gingen aus 1711 und ein 869 Etüd. An Tarifverträgen sind die Mitglieder des Bezirkes beteiligt am Landestarif der Gemeindearbeiter, der Bayerischen Staatsarbeiter, der Straßen- und Flussbauarbeiter und dem Tarifvertrag der Reichsarbeiter. Insgesamt wurden einschließl. von drei örtlichen Tarifverträgen 19 Lohnbewegungen geführt, welche Neuregelungen der Lohnverhältnisse in günstigem Ausmaße zur Folge hatten. Im allgemeinen wurden die Rückschlüsse, die der Lohnabbau vom Jahre 1924 und die Entlassungen der Arbeiter infolge der Abbauverordnung mit sich brachte, überwunden und ist im allgemeinen in den Ortsgruppen der Gemeinde-, Reichs- und Staatsarbeiter eine Aufwärtsbewegung in den letzten Monaten zu verzeichnen. Keinesfalls wäre es ohne die Gewerkschaften möglich gewesen, beachtliche Verschlechterungen abzuwehren, noch viel weniger Verbesserungen zu erzielen. Redner erwähnt die Unterstützung des Galabeamten der Ortsgruppe München, ohne diese es nicht möglich gewesen wäre, alle Arbeiten im Bezirke zu bewältigen, ebenso aller Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute, die durch ihre Mitarbeit den Bezirksleiter unterstützen. Kollege Weizler fordert die Delegierten auf, in ihren Ortsgruppen dahin zu wirken, daß durch gemeinsames Zusammenarbeiten es möglich werden muß, weitere Erfolge zum Wohle der Gemeinde-, Reichs- und Staatsarbeiter zu erzielen.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Sauerermann-München einen Vortrag über die Aufgaben der Vorstandsmitglieder der Ortsgruppen in der Verwaltung und Agitation. Redner ging von dem Grundsatz aus, daß nur durch gegenseitiges Zusammenarbeiten zwischen Vorstandsmitgliedern und Vertrauensleuten der Bestand und die Weiterentwicklung der Ortsgruppen und damit des Verbandes und seiner Erfolge gesichert sei. Der wichtigste Faktor hierbei besteht das Kassenergebnis. Eine geordnete Einfassung der Beiträge, Abrechnung mit der Hauptkasse trage dazu bei, auch das Vertrauen der Mitglieder zum Verband zu stärken. Was auf dem Gebiete des Bildungswesens durch Krieg und Nachkriegszeit vernachlässigt wurde, muß wieder nachgeholt werden, was am besten geschehe durch Besuch der Unterrichtsstufe, die besonders in den Wintermonaten von den Ortsparteiern abgehalten werden. Nach den beiden Vorträgen setzte eine lebhafte Aussprache ein, an der sich außer 16 Delegierten auch der Landessekretär der christlichen Gewerkschaften Bayerns, Landtagsabg. Funke, beteiligte. Derselbe begründete die Einrichtung des Landessekretariats und auch die Verpflichtung der einzelnen Gewerkschaften ihre verhältnismäßig geringen Beiträge zu demselben rechtmäßig abzuleisten. Später verließen noch Reichstagsabgeordneter Schwarzer-München, der auf das notwendige Zusammenarbeiten zwischen den christlichen Gewerkschaften und den konfessionellen Arbeitervereinen hinwies zur Stärkung der gesamten christl. nationalen Arbeiterbewegung. In seinem Schlußwort gab Bezirksleiter Weizler Aufschluß über eine Reihe, in der Aussprache gestellten Anfragen. Hierauf hielt Kollege Krumb-Köln einen Vortrag über das Thema: „Der Arbeiter im Staate. der Wirt-

schaft und der Gesellschaft.“ Dabei zog er passende Vergleiche über die rechtliche, soziale und gesellschaftliche Stellung des Arbeiters vor und nach der Kriegszeit. Sein Appell erklang in dem Schlußwort, daß eine starke Arbeiterbewegung auf christlich-nationaler Grundlage notwendig ist, nicht nur zur Erhaltung, sondern zum Ausbau der staatsbürgerlichen und sozialen Rechte der deutschen Arbeiterschaft.

Um den guten Eindruck, den dieser Vortrag hinterließ, nicht zu verwischen, nahm die Versammlungsleitung Abstand von einer weiteren Besprechung desselben. Als letzter Punkt der Tagesordnung stand noch die Wahl eines Mitgliedes zur Landestarifkommission für die Gemeindearbeiter. Als solches wurde mit überwiegender Mehrheit Kollege Seb-Regensburg gewählt. In besonderer Weise wurde noch der Hausangestellten in den städtischen und staatl. Betrieben gedacht, deren soziale Herabsetzung ihres Standes, gleichberechtigt mit der Arbeiterschaft hauptsächlich unserem Verbands zu verdanken ist. Mit der Aufforderung an die Delegierten, das Gehörte günstig auswirken zu lassen und in der ferneren Tätigkeit für den Verband nicht zu erlahmen, schloß Kollege Sauerermann mit einem begeisterten einstimmigen, dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen, die schon verlaufene Konferenz.

Bezirkskonferenz in Nürnberg.

Am 22. November 1925 fand in Nürnberg eine Bezirkskonferenz für das nördliche Bayern statt. Derselbe war von 54 Kollegen und Kolleginnen besucht, wovon einige als Gäste anwesend waren. Die Tagesordnung lautete: 1. Geschäfts- und Tätigkeitsbericht, Bericht erstatter Bezirksleiter Kollege Wittkind. 2. Die Verwaltungs- und agitatorischen Aufgaben der Ortsgruppen. Referent Geschäftsführer Kollege Borsdorf. 3. Diskussion über die beiden ersten Referate. 4. Vortrag des Kollegen Krumb aus Köln über das Thema: „Einst und jetzt“. 5. Wahl eines Mitgliedes für die Landestarifkommission der Gemeindearbeiter Bayerns. 6. Wünsche und Anträge.

Aus dem Tätigkeitsbericht des Bezirksleiters Kollegen Wittkind war zu entnehmen, daß der Verband im nördlichen Bayern unter dem Gemeinde-, Staatsarbeiter-, Kranken- und Unfallpersonal sowie Straßenbahnpersonal eine gute Entwicklung genommen hat. Die Zahl der Ortsgruppen hat sich um 3 vermehrt und eine Anzahl Ortsgruppen haben eine weitere Stärkung durch Arbeiter aus andern Verbänden erfahren. Die Tätigkeit auf dem Gebiete der Lohnbewegungen war eine recht umfangreiche. An allen in Frage kommenden Tarifverträgen ist der Verband beteiligt. Für 3759 Mitglieder, die an den Lohnbewegungen beteiligt waren, wurde pro Woche und Mitglied durchschnittlich 7,00 A an Mehrlohn erzielt. Damit sind aber die Erfolge finanzieller Art noch nicht erschöpft. Auch für die Beamtenkassengruppe wurden wiederholt Verbesserungen erzielt. Bezirksleiter Kollege Wittkind dankte allen Vorstandsmitgliedern und Vertrauensleuten, sowie allen, die durch rege Mitarbeit Anteil an diesen Erfolgen haben und bat um ihre weitere Unterstützung.

Ueber die organisatorischen und agitatorischen Aufgaben der Ortsgruppen referierte Geschäftsführer Kollege Borsdorf, der an Hand von Beispielen den Delegierten auf die Fehler und Mängel im Bereich mit der Zentrale und der Bezirksleitung aufmerksam machte. Er gab für die in den Verwaltungen tätigen Kollegen praktische Ringerzeige und bat auch dringend um pünktliche Beantwortung von Schreiben und Fragebogen an die Verbandsinstanzen.

Die Hausagitation sei in den kommenden Wintermonaten in allen Ortsgruppen mit Nachdruck durchzuführen, um den Verband auch weiter nach innen und außen zu stärken.

Diesen beiden Vorträgen folgte eine überaus rege Aussprache, an der sich 18 Delegierte beteiligten. In voller Sachlichkeit wurden die beiden Vorträge diskutiert und manche Erfahrung und Anregung gegeben. Der Bezirksleitung wurde einstimmig für ihre geleistete Arbeit volle Anerkennung gezollt.

Von allen Konferenzteilnehmern freudig begrüßt, ergriff hierauf Kollege Krumb aus Köln als Vertreter des Zentralvorstandes das Wort, der zunächst die Grüße des Hauptvorstandes übermittelte und gleichzeitig mitteilte, daß unser erster Zentralvorsitzender durch Krankheit verhindert sei, an den Verhandlungen teilzunehmen, was von den Konferenzteilnehmern allgemein bedauert wurde. Kollege Krumb sprach dann seine Freude darüber aus, daß die vorher geführte Diskussion auf einer bemerkenswerten Höhe gestanden habe, was Beweis dafür sei, daß wir auch auf geistigem Gebiete Fortschritte gemacht hätten. In einstufigem Vortrage zog Redner dann einen Vergleich mit den vorkriegszeitlichen Verhältnissen und den heutigen und wies an Hand von sehr treffenden Beispielen nach, daß wir als Arbeitnehmer in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft heute eine ganz andere Stellung einnehmen als ehemals. Ausgehend von der Gefährdung, wo der Arbeitnehmer nicht nur rechtlos, sondern auch machtlos war, zeichnete Redner ein klares Bild der heutigen Verhältnisse. Manches ist inzwischen anders geworden und finden wir heute Arbeitnehmer bzw. Vertreter in fast allen öffentlichen Körperschaften. und fortwährende Schulung und Bil-

dung müssen wir zeigen, daß wir auch in der Lage sind, das Erreichte zu halten. Redner'scher Beifall fanden die Ausführungen und wurde seitens der Konferenzteilnehmer einstimmig beschlossen, von einer Diskussion über den Vortrag Abstand zu nehmen.

Als Mitglied der Landestarifkommission für die Gemeindearbeiter wurde für die neue Tarifperiode Kollege Faver Rupp, Bamberg, gewählt. Nachdem noch unter Punkt Wünsche und Anträge manche Anregung gegeben worden war, schloß Kollege Wittkind mit Worten des Dankes an alle Delegierten und den Vertreter des Zentralvorstandes mit einem kräftigen Hoch auf den Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen die schon verlaufene Bezirkskonferenz.

Essen-Nassau. (Straßenwärter.) Am 25. 11. fanden in Wiesbaden Verhandlungen statt zwecks Erneuerung der Bezirkstarife für Essen-Nassau und Oberhessen. Als Kommissionsmitglied nahm unser Kollege Mübeling vom Banamt Marburg teil.

Zur Verhandlung standen:

1. Arbeitszeit,
2. Löhne und Lohnzahlung, Beseitigung der sogenannten Wirtschaftsgebiete,
3. Zahlung von Kilometergeld (Marschgebühren) und einige Punkte geringerer Natur.

Zu Punkt 1 wurde vereinbart, daß die bisherige Arbeitszeit weiter bestehen bleibt bis zum 31. 3. 26 mit Rücksicht auf die zentralen Verhandlungen. Zu 2. Lohnzahlung, auf Verlangen der Wärter soll der Lohn monatlich in zwei Raten gezahlt werden. In der Frage der Wirtschaftsgebiete wurde keine Einigung gefunden. Es sollen hierüber erst von Arbeitnehmern die Landräde der in Frage kommenden Kreise gehört werden und dann nochmals Verhandlungen stattfinden. Zu 3. Marschgebühr und Uebernachtungsgeld wurde folgendes vereinbart:

Ist die Arbeitsstelle auf der eigenen Wärterstrecke mehr als 5 Kilometer vom Dienort des Wärters entfernt und wird die in Frage kommende Arbeit auf Anordnung des Vorgesetzten ausgeführt, so erhält der Straßenwärter vom 6. Kilometer an für je Kilometer Hin- und Rückweg 20% des Ueberschuldlohes gezahlt. Die Festsetzung einer Pauschale ist durch Vereinbarung zwischen der Verwaltung und der gesetzlichen Arbeitnehmervertretung zulässig.

Für den Fall, daß aus dienstlichen Gründen eine Uebernachtung stattfinden muß, werden den Wärtern die baren Auslagen erstattet.

Zwecks Beschaffung von Regenmänteln für die Wärter wird ein entsprechender Antrag dem neugewählten Kommunalkomitee vorgelegt werden. Es wird sich dann auch gleich zeigen, wie weit das soziale Verständnis der neuen Abgeordneten geht.

Der Kampf um die Beseitigung des dritten Wirtschaftsgebietes wird nun durch die Gewerkschaften schon über 2 Jahre geführt, aber ohne Erfolg. Die Hauptschuld an dem Mißerfolg tragen die Kollegen Straßenwärter, die bis heute noch außerhalb der Gewerkschaften stehen, was sich gerade größtenteils die, die unter das 3. Wirtschaftsgebiet fallen. Leider schädigen dieselben nicht nur sich, sondern auch die organisierten Kollegen, die ihre Schuldlosigke tun. Wir werden die Ungerechtigkeit und Nachteile nur dann vollkommen beseitigen können, wenn alle Straßenwärter gewerkschaftlich organisiert sind.

Zur Beachtung.

Die Hauptgeschäftsstelle in Köln hat eine neue Fernsprechnummer erhalten. Dieselbe lautet: Amt West Nr. 57 262.

Gedenktafel.



Gestorben sind die Kollegen:

Wilhelm Wolf, Solingen	27. 10. 25
Georg Seisbad, Nürnberg	11. 11. 25
Andreas Maibaum, Essen	16. 11. 25
Joel Schwarz, Amberg	17. 11. 25
Joel Galt, Sobern i. W.	24. 11. 25
Christoph Stumfat, D. Weiberich	26. 11. 25
Ferdinand Auth, Fulda	26. 11. 25

die Kollegin:

Barbara Jähle, Andernach	3. 11. 25
--------------------------	-----------

Ehre ihrem Andenken!

Redaktion und Verlag:
H. Eldmann, Köln, Flenker Wall 9.
Druck: Rheinische Volkswacht, Köln.